

Die Mär von den tiefen Kosten

Von Urs Paul Erzengeler* — Grössere Einheiten sollen bei Gemeindefusionen die Kosten verringern. Ein Trugschluss. Dafür bewährte Volksrechte aufs Spiel zu setzen, ist fatal.



Jugendlicher Kämpfer gegen die Schaffung von alchimisierten Grossgemeinden: Anian Liebrand.

Je grösser die Einheit, desto besser können anfallende Kosten verteilt werden. Die Theorie ist simpel, jeder angehende Betriebswirt schaffter prägt sie sich noch im Grundstudium ein. Im Bezug auf Gemeindefusionen ist aber genau jenes Argument nicht haltbar, mit dem Befürworter die Bevölkerung am meisten zu ködern versuchen. Denn der Zusammenschluss von politischen Einheiten bringt höchst selten die gewünschten Synergieeffekte. Selbst der Berner Professor für Betriebswirtschaftslehre mit Schwerpunkt Organisation des öffentlichen Sektors und bekennende Fusionsbefürworter, Reto Steiner, musste in seiner Dissertation festhalten: «Bei der Hälfte der untersuchten Gemeinden stieg die Verschuldung infolge neuer Investitionen innerhalb von fünf Jahren an.» Steiners Analyse ergab ferner, dass lediglich in einem Drittel der Fälle die Steuern gesenkt werden konnten.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Zum einen muss in unterentwickelte Ortsteile investiert werden, um sie dem übrigen Niveau der Gemeinde anzupassen. Weiter bleiben auch bei einem Zusammenschluss viele bisherige Aufgaben des Ge-

meindewesens unverändert bestehen. «Es müssen genau gleich viel Wald, Strassen oder weitverzweigte Wasser- und Stromnetze bewirtschaftet werden», hielt dazu der Fribourger Ökonomeprofessor Reiner Eichenberger in einem Interview fest. Hinzu kommt, dass bei Fusionen die Verwaltung nicht kleiner wird. Gerade hier liesse sich aber Geld sparen. Reto Steiners Analyse ergab zudem, dass einige Gemeinden gar die Steuern anheben mussten, um eine verbesserte Dienstleistungsqualität finanzieren zu können.

«Unter den bekannten Schweizer Ökonomen ist es heute wohl die Mehrheitsmeinung, dass kleinräumige Strukturen effizienter sind», fasst Rainer Eichenberger zusammen.

Aushebelung der Subsidiarität

Im Kanton Luzern indessen sind solche Erkenntnisse bislang auf taube Ohren gestossen. Einmal mehr will er auch in Sachen Fusionen eine Vorreiterrolle einnehmen und treibt die Zusammenschlüsse von Gemeinden in rasantem Tempo voran. Viel zu schnell, wie Anian Liebrand, Sekretär des Vereins «gegen GrossLuzern» (GGL), findet.

«Fusionen machen nur dann Sinn, wenn sie vom Volk gewollt sind und das Bedürfnis dazu selber wächst.» Er bringe nichts, wenn Gemeinderäte, angestachelt durch die finanziellen Zuckerchen der Regierung, eine Heirat voranpeitschen, ohne auf die Einwohner zu hören. Entsprechend wenig kann Liebrand den Vorsondierungen der Exekutivbehörden von Egolzwil, Nebikon, Schötz und Ohmstal abgewinnen.

Fusionen zerstören über Jahrhunderte gewachsene sowie bewährte Strukturen und bauen die Volksrechte ab. In den neu geschaffenen, unnatürlichen Konstrukten entscheiden wenige über das Schicksal vieler. Ein Beispiel dafür bringt Anian Liebrand aus seiner Wohngemeinde Beromünster. Diese ist seit Januar 2009 mit Gunzwil vereint. Die Bevölkerungszahl ist dadurch von 2500 auf 4300 angestiegen. «An der Gemeindeversammlung hat es aber nicht mehr Teilnehmer als vor der Fusion. Eher das Gegenteil ist der Fall.»

Offensichtlich verlieren die Bewohner den Bezug zu den alchimisierten, gesichtslosen Einheiten. Was in kleinen Gemeinden durch Eigeniniti-

ative geregelt wird, übernehmen in grossen die Behörden. Organisierte bislang der Männerchor oder die Damenriege die 1.-August-Feier, ist in einer Grossgemeinde eine Dienststelle dafür verantwortlich. Die Subsidiarität, bewährter Grundpfeiler der Schweizer Politik, wird dadurch systematisch ausgehebelt.

Aufgedrängte Strukturbereinigung

Zwischen 1848 und 2003 ist die Zahl der politischen Gemeinden in der Schweiz lediglich von 3203 auf 2842 gesunken. Seither schrumpft der Bestand in deutlich dramatischerem Tempo. Am 1. Januar 2010 waren es noch 2596. Verantwortlich für diesen schleichenden Umbau des Staates ist einmal mehr die EU. Durch die Hintertür machen die Verwaltungen in Bern und den Kantonshauptstädten das Land europakompatibel. Der dadurch angerichtete Schaden ist fatal: «Die historisch tief verankerte Lokalautonomie, in Verbindung mit lokaler Finanz- und Steuerautonomie und einem internen nationalen Wettbewerb bei der Höhe der Besteuerung, ist wohl eines der entscheidenden Erfolgsgeheimnisse der Schweiz», schreibt Robert Näf, langjähriger Präsident des Liberalen Instituts, in seinem Buch «Erfolgsmodell Schweiz» treffend. Genau diese bewährten Grundfesten ruinieren Fusionsbefürworter mit ihrer übereilten und unnötigen Strukturbereinigung.

Gemeindezusammenschlüsse sind anspruchsvolle Prozesse, die einen langen, intensiven und breiten Diskurs aller Beteiligten voraussetzen. Beim in Luzern und anderen Kantonen – allen voran Glarus mit der angestrebten Megafusion, die aus 70 Gemeinden 3 machen will – forcierten Tempo ist aber genau diese Findungsphase nicht möglich. Statt unausgereifte Fusionen zu erzwingen, machen Kooperationen deutlich mehr Sinn. Bestes Beispiel dafür bieten die beiden eigenständigen Luzerner Gemeinden Altshofen und Ebersecken, welche die Verwaltung seit bald 40 Jahren zusammen führen. Die Souveränität bleibt bestehen, die Administrationskosten hingegen werden aufgeteilt.

Schizophrene Linke

Der Verein «gegen GrossLuzern» ist der Dachverband von sieben Organisationen, die sich für die Eigenständigkeit von Gemeinden einsetzen und gegen überstürzte und von oben aufgezwängte Fusionen ankämpfen. Die Zahl seiner Mitstreiter ist gross. Längst nicht alle können aber öffentlich dazu stehen. «Etliche Parlamentarier verschiedener Parteien sind auf unserer Seite, haben aber Angst, dies öffentlich zu bekunden», sagt GGL-Sekretär Liebrand. Insbesondere den Kadern der Mitteparteien ist es nicht genehm, dass sich ihre Mitglieder gegen die von ihnen dominierte Regierung aufheben.

Eine unrühmliche Rolle kommt auch der Linken zu. In ihrem ungestümen Drang zum EU-Beitritt tut sie alles dafür, die Schweiz an die Verhältnisse der Union anzupassen. Dabei nimmt sie in Kauf, dass durch Fusionen Volksrechte eingeschränkt sowie bewährte Institutionen zerstört werden. Und sie übersieht geflissentlich, dass sie mit ihrem Drang nach zusammengelegten Gemeinden und immer grossräumigeren Strukturen genau jene Verhältnisse anstrebt, die sie im Zusammenhang mit der Globalisierung der Wirtschaft gebetsmühlenartig geisselt. ○

Anzeige

DEN GANZEN AUGUST!

1000 mg L-Carnitin
no sugar, no calories

3 FÜR 2

NEU: **BodyStyle** 5 dl im PET

- 24 BodyStyle PET
- 24 Ice Tea PET
- 24 Trojka Energy

Destithek, DIWISA in Willisau

DIWISA
DISTILLERIE

Leserbrief

Muss die Schweiz «EU-Fürze» übernehmen?

Thema: Der Verkauf egal welchen Feuerwerks an Kinder unter 12 Jahren ist seit dem 1. Juli 2010 verboten. Noch nicht einmal die beliebten «Frauenfürze» dürfen mehr ohne Ausweiskontrolle über den Ladentisch gehen.

Produzenten, Verkäufer und auch viele Eltern finden die Umsetzung der europäischen Richtlinien in nationales Recht als Verhältnisblödsinn. Sie haben Recht, nicht nur wegen diesem «Fürz», sondern auch deswegen, weil sich unsere Landesbehörde in vielen Bereichen von Brüssel zu stark einschüchtern lässt.

Es könnte auch eine positive Seite haben, nämlich die, dass Jugendliche und spätere Stimmbürger mehr und mehr die notwendige Distanz zur EU gewinnen. Über unseren Nationalfeiertag hinaus möge dieser Geist wachgehalten und gestärkt werden.

Hans Hodel, Root

Der WB geht fremd

Während sechs Ausgaben erscheint der WB in ungewohnter Aufmachung. Im Rahmen unserer Sommerserie «Der WB geht fremd» imitiert das WB-Team jeweils in Auftritt und Inhalt ein bekanntes Schweizer Medienprodukt. Wir wünschen viel Spass.

In der heutigen *Napfwoche* haben auf Einladung der Redaktion auch Gastautoren mitgewirkt: die Kantonsratsmitglieder Priska Lorenz (SP, Grosswangen) und Christian Graber (SVP, Grossdietwil).

*Und in die Rollen von Roger Klöppel, Urs Paul Erzengeler und Philipp Schlecht schlüpfen Stefan Calivers und David Koller.

Bereits erschienen:
«Schweizer Simulierte» (23. Juli)
«50 Minuten» (27. Juli)
«Bleck» (30. Juli)
«Annabella» (3. August)